A-10 Putins Öl brennt – jetzt Sanktionen verschärfen und Taurus liefern - Für eine entschlossene Haltung Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine und zur Verschärfung der Sanktionen gegen Russland

Antragsteller*in:	Radosawa Stomporowski (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt:	A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert bald vier volle Jahre und geht ins fünfte Kriegsjahr. Internationale Sanktionen und unsere militärische Unterstützung haben die Bedrohung für die europäische Friedensordnung bislang nicht abgewendet. Seit der Amtsübernahme von US-Präsident Donald Trump steht das NATO-Bündnis erneut vor der Herausforderung, Zusammenhalt, Sicherheit und Stabilität zu garantieren.

Trotzdem hat sich die Ukraine auch in diesem Jahr mit beeindruckender Entschlossenheit gegen die russischen Angriffe gewehrt. Ihre Lage bleibt geprägt von brutalen Attacken auf die Zivilbevölkerung, Städte und kritische Infrastruktur. Die jüngsten russischen Luftschläge zeigen die Eskalationsbereitschaft des Regimes – und dass der Ukraine ein weiterer harter Winter bevorsteht. Dennoch gibt es Hoffnung auf eine Wende im Verteidigungskrieg gegen die russische Aggression.

Zwar zeigte Präsident Trump zu Beginn seiner Amtszeit auffällige Nähe zum Kreml – etwa durch ein Gipfeltreffen in Alaska und die demonstrative Brüskierung von Präsident Selenskyj im Oval Office. Doch inzwischen äußert er seine Unterstützungsbereitschaft für die Ukraine. Trotz dieser Avancen aus dem Weißen Haus hat der Kreml sämtliche diplomatische Angebote ausgeschlagen. Über den Sommer 2025 hat Putin einen möglichen Verhandlungsfrieden – vermittelt durch Trump, aber verbunden mit harten Einschnitten für die Ukraine – bewusst ausgesessen. Der Grund dafür ist, dass Putin den Krieg zur Machterhaltung, zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung und zur Verschleierung der wirtschaftlichen Missstände braucht. Gerade weil der Krieg militärisch nicht erfolgreich verläuft, wächst zunehmend die Gefahr, dass Russland seine Aggression über die Ukraine hinaus ausdehnt – etwa durch hybride Angriffe, Desinformationskampagnen, Drohnen, Sabotageakte oder gezielte Provokationen gegenüber EU- und NATO-Staaten. Ein geschwächtes Regime kann unberechenbar werden, wenn es seine Machtbasis bedroht sieht. Umso beachtenswerter ist die passende Strategie der Ukraine.

Die Ukraine hat mit eigenen Kraftanstrengungen und durch gezielte Unterstützung aus Europa – auch aus Deutschland – ihre Verteidigungskapazitäten ausgebaut. Hinzu kommt eine strategisch kluge Offensive gegen russische Ressourcen: Munitionsfabriken, Raffinerien, Pumpstationen. Seit Anfang August wurden laut der britischen NGO Open Source Centre (OSC) mindestens 58 Angriffe auf russische Energieanlagen durchgeführt – mit Drohnen, die bis zu 2.000 Kilometer tief ins russische Territorium vordringen. Im Juni waren es nur ein Angriff, im Juli zwei.

Ziel dieser Strategie ist es, in Russland gezielt eine Verknappung von Treibstoffen wie Benzin und Diesel herbeizuführen – um das Vorrücken an der Front zu erschweren und die Kriegswirtschaft zu destabilisieren. Ursache dafür ist aber auch, dass wir es nicht geschafft haben, Russlands Exporte zu verhindern. Daher setzt die ukrainische Strategie gezielte Nadelstiche gegen die wirtschaftliche Lebensader Russlands. Ihr Ausfall bedeutet:

- Weniger Treibstoff für Militär und Bevölkerung
- Weniger Einnahmen für den Staatshaushalt
- Mehr Druck auf das Regime – innenpolitisch und international

Die Angriffe zwingen Moskau, auf Notreserven zurückzugreifen und die Kriegswirtschaft neu zu organisieren.

Politische Verantwortung Deutschlands

Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden und sich für eine konsequente, koordinierte und wirksame Unterstützung dieser Strategie sowohl im Rahmen der EU als auch gegenüber internationalen Partnern einsetzen.

Deutschland unterstützt die Ukraine militärisch und trägt die EU-Sanktionen mit. Doch die Politik bleibt zu defensiv, zu intransparent und schöpft ihr europäisches Potenzial nicht aus. Entscheidungen über Waffenlieferungen und Sanktionsausnahmen erfolgen oft hinter verschlossenen Türen. Sanktionen gegen Oligarchen werden verzögert oder juristisch ausgehebelt. Das schwächt die Glaubwürdigkeit einer wertebasierten Außenpolitik.

Wir Grüne fordern, dass Deutschland seine Führungsrolle in Europa stärker wahrnimmt: durch eine EU-weite Initiative gegen Sanktionsumgehung, durch klare öffentliche Haltung gegenüber blockierenden Staaten wie Ungarn oder Österreich und durch einen schnelleren Abbau verbleibender Energieabhängigkeiten.

Zudem braucht es mehr Transparenz bei Entscheidungen über Waffenlieferungen und eine ehrliche Neubewertung der Unterstützungsmöglichkeiten – auch in Bezug auf den Marschflugkörper Taurus. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung sich aktiv an den europäischen Sanktionspaketen beteiligt – zuletzt am 18. Paket mit Fokus auf russische Raffinerien und die Deportation ukrainischer Kinder. Diese Linie muss jedoch entschlossen fortgesetzt und durch mehr Offenheit, europäische Initiative und klare Kommunikation ergänzt werden – für eine glaubwürdige, solidarische und handlungsfähige europäische Friedens- und Sicherheitspolitik.

Forderungen

1. Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich Taurus-Systeme bereitzustellen, um gezielte Verteidigung gegen russische Infrastrukturangriffe zu ermöglichen und die Kriegsfinanzierung des Regimes zu schwächen.

2. Ausweitung und Verschärfung der Sanktionen gegen Russland

- Bekämpfung der Umgehung über Drittstaaten (z. B. Schattenflotten, Reexporte über Indien und China)
- Vollständiges Embargo auf russisches LNG
- Ausweitung der Preisobergrenze auf Ölprodukte
- Einführung von Sekundärsanktionen gegen Unternehmen, die aktiv zur Umgehung beitragen

3. Transparente Kontrolle von Dual-Use-Gütern und Hochtechnologieexporten

- Verpflichtende Herkunftsnachweise für kritische Komponenten
- Strafmaßnahmen gegen Unternehmen, die wissentlich militärisch nutzbare Güter liefern

4. Diplomatische Initiative zur internationalen Koordination

- Einrichtung einer G7-Taskforce zur Sanktionsdurchsetzung und zur Bekämpfung von Umgehungsstrategien

5. Klarer Kurs gegenüber NATO-Partnern

- Unterstützung der US-Initiative zur Lieferung von Patriot-Systemen und Tomahawks durch gemeinsame Finanzierung und logistische Beiträge
- Öffentliche Positionierung gegen Appeasement-Strategien und für eine wertebasierte Außenpolitik

Begründung

Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre eigene Souveränität, sondern auch die Grundwerte der europäischen Friedensordnung. Ihre militärischen Erfolge – insbesondere die gezielten Angriffe auf russische Energieinfrastruktur – zeigen, dass strategische Unterstützung wirkt. Doch diese Erfolge sind fragil, solange Deutschland und Europa nicht entschlossener handeln. Die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, die Ausweitung der Sanktionen und eine koordinierte diplomatische Initiative sind keine Eskalation, sondern notwendige Schritte zur Eindämmung eines Regimes, das Krieg als Machtinstrument nutzt und auch uns angreifen will.

Wer Putins Kriegsfinanzierung nicht konsequent angreift, verlängert den Konflikt. Wer Sanktionen duldet, aber ihre Umgehung nicht bekämpft, schwächt ihre Wirkung. Und wer Waffenlieferungen hinter verschlossenen Türen verhandelt, gefährdet die Glaubwürdigkeit einer wertebasierten Außenpolitik.

weitere Antragsteller*innen

Moritz Hüttner (KV Leverkusen); Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg); Dennis Kuß (KV Bielefeld); Jörg Thijssen (KV Bonn); Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Manuel Mandler (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Michael Schulz (KV Bonn); Marc Daniel Heintz (KV Bonn); Bastian Kubis (KV

Bonn); Jens Baganz (KV Düsseldorf); Anna Steinmetzer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Abdalla Abdellatif Masoud Mohamed (KV Bonn); Gabriel Jost (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Torsten Grieger (KV Altenburg); Viola von Cramon (KV Göttingen); Till Köhler (KV Northeim/Einbeck); André Nebel (KV Altenburg); Veit Otto (KV Köln); Anke Nettelroth (KV Erfurt); sowie 49 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.